

Geldpolitik ist auch «grüne» Politik

Zentralbanken Die obersten Notenwächter müssen sich nicht nur um die Erhaltung von Jobs kümmern. Zunehmend geht es auch um Klimaziele.

MATTHIAS NIKLOWITZ

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) soll sich in ihrer Aufgabe «vom Gesamtinteresse des Landes leiten lassen, als vorrangiges Ziel die Preisstabilität gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Damit setzt sie grundlegende Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft.» Die Preisstabilität ist auch das Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB); darüber hinaus soll diese auch für die Stabilität der Arbeitsmärkte sorgen. Auch die amerikanische Fed muss gemäss ihren gesetzlichen Vorgaben bei ihrer Geldpolitik auch immer die Entwicklung an den Jobmärkten im Auge behalten. Noch weiter geht seit kurzem die Reserve Bank of New Zealand: Die hat sich im Februar dieses Jahres das Ziel gesetzt, auch die Immobilienpreise im Rahmen ihrer Geldpolitik zu beobachten. Zu hohe Immobilienpreise, so die Überlegung, würden zu einem Ausschluss vieler weniger vermöglicher Menschen von gesunden Wohnmöglichkeiten führen – und das trägt sich nicht mit einer nachhaltigen Zentralbankpolitik.

Löchrig wie Emmentaler Käse

Die vormals einfache Aufgabenteilung zwischen Zentralbanken, Regierungen und staatlicher Verwaltung ist kompliziert geworden. In den 1960er und 1970er Jahren achtete man nach einigen miserablen Erfahrungen mit verheerenden Wirtschafts-, Zins- und Inflationszyklen auf eine sorgsame Trennung von Politik und Geldpolitik. Seit der Finanzkrise gilt vieles nicht mehr. Die Fiskalpolitik ist so löchrig

geworden wie ein guter Emmentaler Käse. Oft bestehen Zielkonflikte: Der Fed war nach 2010 der Jobmarkt in den USA wichtiger als das Einhalten der Inflationsziele. Die EZB beispielsweise akzeptiert von den Banken als Sicherheiten bevorzugt «grüne» Obligationen; seit Anfang 2021 sind auch Anleihen zugelassen, die mit Nachhaltigkeit verbunden sind, die also einen inhaltlich erweiterten Investitionszweck haben. Auch die SNB verfolgt ESG-Ziele: «Sie investiert somit nicht in Aktien und auch nicht in Anleihen von Unternehmen, deren Produkte oder Produktionsprozesse in grober Weise gegen politisch und gesellschaftlich breit anerkannte Werte verstossen. Die Nationalbank erwirbt daher keine Wertschriften von Unternehmen, die grundlegende Menschenrechte massiv verletzen, systematisch gravierende Umweltschäden verursachen oder in die Produktion international geächteter Waffen involviert sind.»

Umweltrisiken werden teuer

Die in den vergangenen Jahren neu hinzu gekommenen ESG-Ziele der Zentralbanken sind nachvollziehbar: Wo politische Krisen oder der Klimawandel Risiken für die Finanzmärkte schaffen, sind auch die grundsätzlichen Ziele in Gefahr. Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat indes laut Analysten gezeigt, dass Zentralbanken immer häufiger Aufgaben bekommen, welche die Politik mit ihren Mitteln alleine nicht lösen kann und die von der Politik alleine auch nicht lösbar erscheinen. Dabei hätten Zentralbanken eigentlich schon damit zu tun, sich auf die Risiken vorzubereiten, welche die grossen Versicherungen für die kommenden Jahre erwarten. Vier der fünf grössten globalen Risiken, welche die Arbeitsgruppe des World Economic Forum (WEF) für den Zeitraum der nächsten drei bis fünf Jahre prognostiziert, fallen in die Zuständigkeit der Zentralbanken: Platzen der Asset-Blasen, instabile Preise (Deflation oder Inflation), Schocks an den Rohstoffmärkten sowie eine (weitere) Schuldenkrise.

Das erste CAS zur Kreislaufwirtschaft

Managing Circular Economy Die ZHAW School of Management and Law bietet ab Oktober den neuen Lehrgang an.

MAX FISCHER

Das Programm «Managing Circular Economy» vermittelt nicht nur grundlegende Kenntnisse der Kreislaufwirtschaft und Management-Tools. Eins zu eins lernen die Teilnehmenden aus Erfolgsgeschichten von Firmen verschiedener Schwerpunktbereichen. «International renommierte Expertinnen und Experten lehren sowohl aktuelles Management-Know-how wie auch Technologien, die eine Kreislaufwirtschaft erst möglich machen», sagt Studienleiter Marc Schmid. Konkret geht es dabei um das Internet of Things, 3D-Printing und Bio-Fermentation.

Die Wissensvermittlung ist nur ein Teil dieser Ausbildung. Grossgeschrieben wird bei der ZHAW das Learning by Doing. Der Programm-Manager Grégoire Meylan ergänzt: «Im zweiten Teil des Ausbildungsganges wenden die Teilnehmenden das erworbene Wissen in der Praxis an, indem sie Umsetzungsstrategien für ihr eigenes Unternehmen entwickeln.»

Das bringt die Ausbildung: Die Teilnehmenden des CAS kennen die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft. Sie sind mit den Best Practices aus verschiedenen Branchen vertraut und sind in der Lage, Risiken und Chancen für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft in ihrem Unternehmen zu erkennen. Für die Entwicklung von Geschäftsmodellen und die Gestaltung von Lieferketten für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft in ihrem Unternehmen sind sie so gerüstet.

Das CAS setzt sich aus zwei Modulen zusammen: «Circular Economy Fundamentals for Managers» und «Applied Industrial Circular Economy». Neben Lehrgesprächen, Präsentationen, Übungen, Fallstudien, Arbeit an praktischen Fallbeispielen und E-Learning legen die Dozierenden Wert auf spezifische Fragen der Teilnehmenden aus ihrem Firmenumfeld.

chen, Präsentationen, Übungen, Fallstudien, Arbeit an praktischen Fallbeispielen und E-Learning legen die Dozierenden Wert auf spezifische Fragen der Teilnehmenden aus ihrem Firmenumfeld.

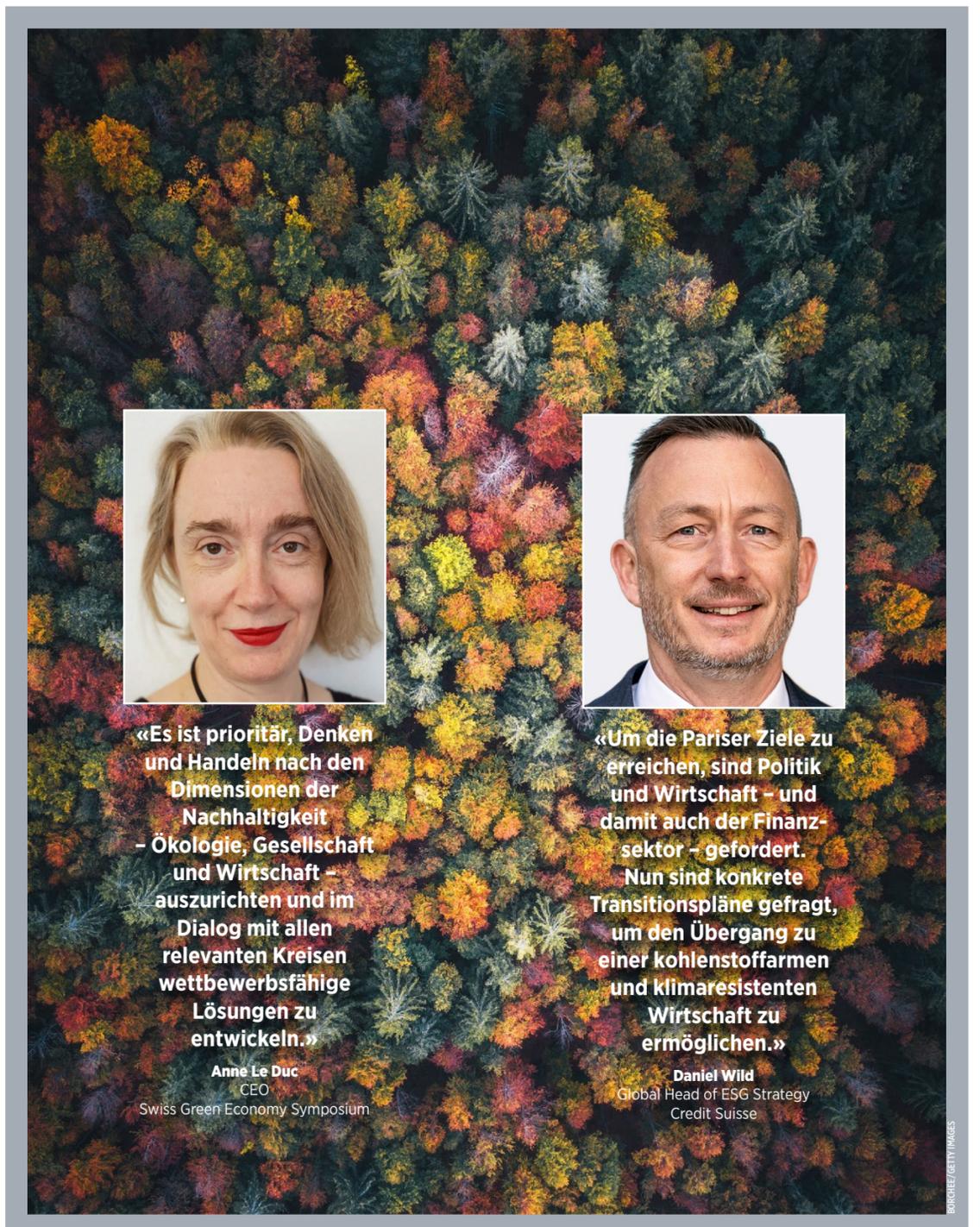
Hohe Ansprüche an Kandidierende

Zugelassen werden Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen oder Universitäten mit mindestens fünf Jahren Berufserfahrung. Personen, bei denen es bezüglich dieser Qualifikationen hapert, die jedoch über «ausreichende Berufserfahrung und Zusatzqualifikationen» verfügen, können «sur dossier» zugelassen werden. Zur Anmeldung gehören der Lebenslauf, Kopien von Arbeitszeugnissen und Aus- und Weiterbildungsnachweisen; ferner ein Motivationsschreiben.

Ausbildungsstart für das «Certificate of Advanced Studies Managing Circular Economy» auf dem Campus der ZHAW School of Management and Law in Winterthur (oder je nach Corona-Situation ganz oder teilweise online) ist der 1. Oktober 2021. Er bringt zwölf ECTS-Credits. Der Unterricht findet überwiegend auf Englisch statt, einige Lektionen werden auf Deutsch gehalten. Mündliche Präsentationen und schriftliche Arbeiten können auf Englisch oder Deutsch erstellt werden.

Die Ausbildung kostet inklusive sämtlicher Unterrichtsmaterialien und Exkursionen (132 Lektionen) 8200 Franken. Im Preis sind alle Leistungen im Zusammenhang mit dem Programm enthalten, einschliesslich aller Unterrichtsmaterialien und der Kosten, die für die Exkursionen anfallen – also Transport und Verpflegung.

www.zhaw.ch/imi/cas-mce



«Es ist prioritär, Denken und Handeln nach den Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Gesellschaft und Wirtschaft – auszurichten und im Dialog mit allen relevanten Kreisen wettbewerbsfähige Lösungen zu entwickeln.»

Anne Le Duc
CEO
Swiss Green Economy Symposium

«Um die Pariser Ziele zu erreichen, sind Politik und Wirtschaft – und damit auch der Finanzsektor – gefordert. Nun sind konkrete Transformationspläne gefragt, um den Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft zu ermöglichen.»

Daniel Wild
Global Head of ESG Strategy
Credit Suisse

Grüne Anleihen im Aufwind

Green Bonds Der Markt für «grüne Anleihen» wächst kontinuierlich. Neue Instrumente und die Standardisierung fördern das Wachstum.

DOMINIQUE KUNZ

Nachhaltige und insbesondere grüne Anleihen, sogenannte Green Bonds, erfreuen sich bei Anlegern grosser Beliebtheit und die Emissionstätigkeit in diesem Bereich hat kontinuierlich zugenommen. Allein im letzten Jahr ist das entsprechende Volumen in der Schweiz von 2,3 Milliarden Franken auf rund 3,0 Milliarden Franken gestiegen. Bei Green Bonds handelt es sich um Anleihen, die für ihre ökologische Nachhaltigkeit zertifiziert werden – ein zentraler Bestandteil der weiter gefassten Nachhaltigkeit, die oft mit dem Akronym ESG bezeichnet wird (ökologisch, sozial und Governance-bezogen).

Neues Instrument «Transition Bonds»

Green Bonds müssen einen «grünen» Verwendungszweck haben und können beispielsweise zur Finanzierung von Investitionen in Recyclingsysteme, Elektromobilität oder Energieeffizienz genutzt werden. Auch Akquisitionen im Nachhaltigkeitsbereich oder Investitionen in For-

schung und Entwicklung sind möglich. Nachhaltige Investitionen sind zu einem wichtigen Bestandteil der Fremdfinanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen geworden und mit der steigenden Nachfrage wird die Bedeutung von Green Bonds weiter zunehmen.

Die weitere Standardisierung des Marktes für nachhaltige Anleihen und innovative neue Instrumente wie beispielsweise Übergangsanleihen werden den Kapitalmarkt für nachhaltige Investitionen weiter stärken. Übergangsanleihen, sogenannte Transition Bonds, sind insbesondere für transformationswillige Unternehmen aus dem Rohstoffsektor und anderen emissionsintensiven Branchen interessant, denn sie ermöglichen Zugang zu Kapital, das den Übergang zu nachhaltigeren Geschäftspraktiken begünstigt.

Referenzwerke für Green-Bonds-Standards beziehungsweise entsprechende Richtlinien von Branchenverbänden wie der International Capital Market Association oder der Europäischen Kommission sowie umfassende Nachhaltigkeits-Rankings von Finanzdienstleistern wie etwa MSCI, in denen grüne Anleihen zumindest ein Teilaspekt sind, erhöhen die Transparenz und damit das Vertrauen der Investoren in die Anlageklasse. Von Investorenseite werden Green Bonds auch darum geschätzt, weil bekannt ist, wofür die aufgetragenen Mittel verwendet werden.

Um eine grüne Anleihe ausgeben zu können, muss ein Unternehmen über förderungswürdige Vermögenswerte, sogenannte Green Assets, verfügen. Eine Due-Diligence-Prüfung stellt sicher, dass kein Greenwashing vorliegt. Der Emittent muss ein ESG-Rahmenwerk aufstellen, das über den Verwendungszweck des Kapitals informiert und den damit verbundenen Zeitrahmen gibt. Um Investoren zusätzliche Sicherheit zu geben, wird eine Zweitmeinung von einem spezialisierten Unternehmen eingeholt. Zusätzliche Glaubwürdigkeit wird erreicht, wenn der Emittent regelmässig einen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht.

Der Green-Bond-Markt ist sowohl bei Schweizer als auch bei internationalen Emittenten mittlerweile gut etabliert. Interessant ist, dass der entsprechende Markt in Schweizer Franken zu einer wichtigen Adresse für initiale ESG-Transaktionen kleinerer Entwicklungsbanken geworden ist. So haben etwa die Africa Finance Corporation und die North American Development Bank den hiesigen Markt für ihre ersten Green Bonds gewählt. Das Wachstum des Green-Bonds-Segments dürfte sich fortsetzen. Auch die Schweizer Börse hat dieser Entwicklung bereits Rechnung getragen und kürzlich einen eigenen Index für ESG-Anleihen lanciert.

Dominique Kunz, Leiter Debt Capital Markets
Schweiz, Credit Suisse, Zürich.

Gemeinsam aktiv für das CO₂-Gesetz

Finanzplatz Schweiz Die Verbände der Finanzbranche setzen sich für die Schweiz als weltweit führenden Standort für Sustainable Finance ein.

SABINE DÖBELI, HANS-RUEDI MOSBERGER UND GUNTARD NIEDERBÄUMER

Der Klimawandel ist Realität: Seit 1846 stieg die Jahrestemperatur in der Schweiz um zwei Grad – das ist doppelt so viel wie im globalen Durchschnitt. Gleichzeitig liegt der sogenannte Treibhausgas-Fussabdruck immer noch deutlich über dem weltweiten Mittelwert von knapp 6 Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Kopf. Nachhaltigkeit ist zur Notwendigkeit geworden, um dem Klimawandel effektiv zu begegnen. Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet, bis 2030 ihre Emissionen gegenüber 1990 zu halbieren. Dies entspricht einer Reduktion von rund 27 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten.

Dieser Wandel gelingt nur, wenn die gesamte Wirtschaft dazu beiträgt. Finanzinstitute können den wichtigen Weg zu mehr Nachhaltigkeit durch gezielte Finanzierung unterstützen. Dies setzt aber voraus, dass die realwirtschaftlichen Unternehmen den Wandel ebenfalls aktiv vorantreiben und innovative Lösungen entwickeln. Die Transformation hin zu einer emissionsarmen Gesellschaft kann nur gemeinsam gelingen. Auch alle Bürgerinnen und Bürger können mit ihren Entscheidungen einen Beitrag leisten. Das CO₂-Gesetz setzt auf liberale Rahmenbedingungen und bewährte Instrumente und Anreize. So tragen alle ihren Teil zur Erreichung der Ziele bei.

Für den Finanzplatz Schweiz hat Nachhaltigkeit Priorität. Gefragt sind Lö-

sungen, die den Wandel beschleunigen, und er bietet auch viele Chancen. Der Schweizer Finanzplatz will sich als weltweit führender Standort für Sustainable Finance positionieren. Die Finanzbranche stellt sich deshalb klar hinter das Ziel des CO₂-Gesetzes, die Finanzmittelflüsse mit der angestrebten emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung in Einklang zu bringen.

Wichtige Rahmenbedingungen

Schon jetzt bieten immer mehr Finanzdienstleister nachhaltige Finanzprodukte an. Wie eine Studie von Swiss Sustainable Finance (SSF) zeigt, werden diese Produkte auch immer häufiger nachgefragt. Im Jahr 2020 hat sich das Volumen gegenüber dem Vorjahr um 62 Prozent erhöht. Das CO₂-Gesetz setzt die Rahmenbedingungen, damit das Produktangebot noch weiter ausgebaut werden kann. Der Finanzplatz braucht solche Rahmenbedingungen, um seine Ziele zu erreichen.

Swiss Sustainable Finance, die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) und der Schweizerische Versicherungsverband (SVV) setzen sich gemeinsam mit einer breiten Allianz aus Wirtschaft und Wissenschaft dafür ein, dass dieses Gesetz in Kraft treten kann. Denn gegen das vom Bundesrat und Parlament unterstützte CO₂-Gesetz ist das Referendum ergriffen worden. Am 13. Juni 2021 entscheidet deshalb die Schweizer Stimmbürgerin, ob sie das Gesetz gutheissen will.

Das heute geltende CO₂-Gesetz basiert auf den Zielen des Kyoto-Protokolls aus

dem Jahre 1997. Dieses Protokoll sowie auch das darauf basierende CO₂-Gesetz sind Ende 2020 ausgelaufen. In der Folge wurde 2015 das Pariser Klimaabkommen verabschiedet und von der Schweiz ratifiziert. Um den neuen, international anerkannten Zielen gerecht zu werden, hat das eidgenössische Parlament das revidierte CO₂-Gesetz verabschiedet, welches am 1. Januar 2022 in Kraft treten soll. Dieses neue Gesetz soll sicherstellen, dass die Schäden des Klimawandels so gering wie möglich gehalten werden.

Bei der Ausarbeitung des Gesetzes haben Bundesrat und Parlament auf liberale Rahmenbedingungen und erprobte Instrumente gesetzt. Dazu gehören unter anderem Lenkungsabgaben bei der Mobilität und beim Heizen von Gebäuden. Mit diesen und ähnlichen Abgaben wird ein Klimafonds geäuft, der unter anderem Gebäudesanierungen und nachhaltige Heizmethoden mitfinanziert. Ausserdem können damit Weiterentwicklungen von klimaneutralen Technologien und Anpassungen an den Klimawandel unterstützt werden. Das CO₂-Gesetz schafft so die notwendigen Voraussetzungen, um die vollständige Transformation weg von den fossilen Energien zu begleiten. Ein Nein würde die Schweiz beim Klimaschutz weit zurückwerfen.

Sabine Döbeli, Geschäftsführerin, Swiss Sustainable Finance, Zürich; Hans-Ruedi Mosberger, Leiter Asset Management & Sustainability, Schweizerische Bankiervereinigung, Basel; Gunthard Niederbäumer, Leiter Bereich Nichtleben und Rückversicherung, Schweizerischer Versicherungsverband, Zürich.



«Wichtig ist, dass wir auf vielversprechende Themen fokussieren, bei denen wir schnelle Fortschritte erzielen können. Beispielsweise den Transport weiter zu elektrifizieren oder Industrie und Gebäude energieeffizienter zu machen.»

Theodor Swedjemark
Chief Communications and
Sustainability Officer
ABB

Ein wichtiger Kompass im Dschungel

Anlagefonds Die Zahl der Ansätze zur Messung der Nachhaltigkeit wächst. Es gibt Orientierungshilfe.

ADRIAN SCHATZMANN

Die regulatorischen Rahmenbedingungen bilden ein zentrales Bauteil eines Nachhaltigkeitskompasses. Die wichtigsten globalen Schlüsseltreiber für den Übergang zu einer nachhaltigen Finanzwirtschaft sind die von der Schweiz mitgetragenen 17 Ziele der UN-Agenda 2030 (Sustainable Development Goals, SDG) sowie die Ziele des Pariser Klimaabkommens.

Hinzu kommen zahlreiche freiwillige Initiativen zur Förderung der Nachhaltigkeit im Finanzgeschäft. Aus Schweizer Sicht sind die Entwicklungen in der EU von besonderem Interesse. Die EU hat zur Umsetzung der UN-Agenda und des Klimaabkommens eine Wachstumsstrategie (Green Deal) inklusive entsprechendem Aktionsplan erstellt mit dem Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein (Netto-Null-CO₂-Emissionen). Eine Schlüsselrolle spielt dabei die EU-Taxonomie- und Offenlegungsverordnung (Sustainable Finance Disclosure Regulation, SFDR). Eine Taxonomie muss Antworten zur Klassifikation von wirtschaftlich nachhaltigen Tätigkeiten liefern können. Die SFDR versucht eine höhere Vergleichbarkeit der Anlage-

produkte zu erreichen und unterteilt diese in drei Kategorien:

- Finanzprodukte mit «ökologischen oder sozialen Merkmalen»
- Nachhaltige Finanzprodukte mit einer «angestrebten Nachhaltigkeitswirkung»
- Sonstige Finanzprodukte (solche ohne Nachhaltigkeitsmerkmale)

Mit Blick auf die regulatorischen Entwicklungen in der EU prüft nun auch der Bund die mögliche Einführung einer Taxonomie und deren Ausgestaltung sowie entsprechende Offenlegungspflichten im Schweizer Finanzmarkt.

Ein weiteres zentrales Element eines ESG-Kompasses bildet die verständliche Vermittlung relevanter Informationen zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken.

Nur so können Informationsgefälle abgebaut und die Vergleichbarkeit von Anlagefonds in Bezug auf Nachhaltigkeitsrisiken sowie auf Investitionsziele kann gefördert werden.

Unternehmen sind in der Pflicht

Die Asset Management Association Switzerland (AMAS) und Swiss Sustainable Finance (SSF) prüfen derzeit, wo in der Asset-Management-Wertschöpfungskette mehr Transparenz geschaffen werden kann. Dabei fliessen auch die Entwicklungen der EU-Regulierung in die Analysen mit ein. Bereits 2020 hat die AMAS zusammen mit der SSF Empfehlungen für nachhaltiges Assetmanagement publiziert. Transparenz und Offenlegung bei nach-

haltigen Anlagefonds können allerdings nur dann der Orientierung dienen, wenn die dem Anlageprozess zugrunde liegenden Daten in hoher Qualität verfügbar und vergleichbar sind. Damit Investorinnen und Investoren über die ESG-Verträglichkeit ihrer Anlagen auch wirklich umfassend informiert und beraten werden können, müssen Unternehmen, in die investiert wird, zu einer Offenlegung relevanter Kennzahlen betreffend Risiken und Chancen ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten verpflichtet werden. Denn der beste Kompass hilft nichts, wenn er auf das falsche Ziel hinführt.

Adrian Schatzmann, Geschäftsführer, Asset Management Association Schweiz, Basel.

ANZEIGE

zhaw

School of
Management and Law

Kreislaufwirtschaft als
Chance für Unternehmen

CAS Managing Circular Economy
Berufsbegleitende Weiterbildung

Start: 1. Oktober 2021
www.zhaw.ch/imi/cas-mce

Zürcher Fachhochschule

AACSB
ACCREDITED
Seit 2015



Building Competence. Crossing Borders.